



positionen für den nord

Solidarität mit Flüchtlingen – den Sozialstaat für alle stärken

Hunderttausende Flüchtlinge suchen in diesem Jahr in Deutschland Schutz vor Krieg, Armut und Unrecht. Die Gewerkschaften sind seit jeher solidarisch mit Menschen in Not, mit Ausgebeuteten und Opfern von Verfolgung. Sie unterscheiden nicht nach der Nationalität und lassen es nicht zu, dass Arbeitnehmer- und Gesellschaftsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Ein handlungsfähiger Sozialstaat gibt allen Menschen, ob sie hier geboren sind oder einwandern, die Chance auf ein besseres Leben.

Auch in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und in der Hansestadt Hamburg suchen tausende Menschen Schutz. Viele werden dauerhaft in Deutschland bleiben und möchten ihr Leben in Deutschland eigenverantwortlich gestalten. Die neuen Bürger sind nicht Risiko, sondern Chance – für die Gestaltung eines weltoffenen, modernen und vielfältigen Deutschlands, aber auch für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitskräftegewinnung.

Rassistischer und rechtspopulistischer Hetze erteilen die Gewerkschaften eine klare Absage. Gewalt gegen Flüchtlinge verurteilen wir auf das Schärfste. Der Rechtsstaat muss die Gewalttäter konsequent verfolgen und bestrafen und dafür sorgen, dass demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Der DGB sieht sich in der Verantwortung, die Willkommenskultur zu stärken und Flüchtlinge zu unterstützen. Es müssen die Voraussetzungen für Integration und Teilhabe geschaffen werden. Eine besondere Rolle spielen dabei der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und die Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Die Gewerkschaften wollen eine solidarische und nachhaltige Flüchtlingspolitik. Dazu gehört es, auch Ängste und Sorgen in der Bevölkerung ernst zu nehmen. Das Schüren von Konkurrenz zwischen Langzeitarbeitslosen, anderen Arbeitssuchenden und Flüchtlingen lassen wir nicht zu. Allen Beschäftigtengruppen soll der Zugang zu Ausbildung und Arbeit ermöglicht werden. Integrationshemmnisse müssen Schritt für Schritt abgebaut werden.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen stehen Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und die Hansestadt Hamburg vor enormen Herausforderungen, die nur durch einen handlungsfähigen Staat gemeistert werden können. Die Gewerkschaften erkennen die großen Kraftanstrengungen von Politik und Zivilgesellschaft an; unsere Anerkennung gilt den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes genauso wie allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfern. Gleichzeitig fordern wir die Politik auf, die Kürzungen im öffentlichen Sektor zu beenden und die Kommunen mit den benötigten Personal- und Finanzmitteln auszustatten.



Auch Gewerkschaften und Betriebsräte sind bei der praktischen Umsetzung der politischen Ziele und der Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gefragt. Sie engagieren sich bereits vielfältig und können bei der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses unterstützen, Flüchtlingen im (Berufs-)Alltag zur Seite stehen und mittels Information bestehenden Vorurteilen begegnen.

Die Arbeitgeber sind gefordert, sich gegen jede Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit im Betrieb einzusetzen. Durch die Schaffung von Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu fairen Arbeitsbedingungen sowie durch die Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse können sie die Integration von Flüchtlingen vorantreiben.

Erste Schritte zur Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Sprache ist der Schlüssel zu Integration und Teilhabe. Flüchtlinge müssen von Beginn an Zugang zu Sprachkursen haben.

Alle Kinder und Jugendliche in Deutschland haben das Recht auf Bildung, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die allen Kindern und Jugendlichen einen Schulbesuch ermöglichen.

Flüchtlinge brauchen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, zu berufsbezogenem Sprachunterricht, zu Qualifikationsmaßnahmen. Sie haben das gleiche Recht auf Gute Arbeit wie andere Arbeitnehmer auch. Für Flüchtlinge dürfen keine anderen Maßstäbe gelten als für andere Arbeitnehmer.

Für Auszubildende und Studierende muss es eine dauerhafte Sicherheit zum Aufenthalt in Deutschland geben. Der DGB fordert einen sicheren Aufenthalt außerhalb des Duldungssystems für die gesamte Ausbildungszeit und eine sich eventuell anschließende Arbeitsplatzsuche.

Der DGB Nord und seine Gewerkschaften

- werben für Solidarität mit Flüchtlingen und einen aktiven Sozialstaat, der die Teilhabechancen von Flüchtlingen ebenso wie anderer benachteiligter Gruppen fördert.
- stellen sich rassistischer und rechtspopulistischer Hetze entgegen.
- rufen alle Mitglieder auf, sich für die Integration von Flüchtlingen in eine gute Ausbildung oder Beschäftigung einzusetzen.
- fordern Arbeitgeber auf, Flüchtlinge bei der Integration in der Arbeitsmarkt zu unterstützen.
- fördern die Integration mit Patenschaften, Mentoring-Programmen und Angeboten für die Arbeit der Betriebs- und Personalräte.
- unterstützen lokale Hilfsprojekte und bieten eigene Informationen und Beratungen an.
- fordern eine Investitionsoffensive für einen starken Sozialstaat.